

## Das schwächste Glied in der Kette

Im Aufmarsch gegen die Atomwaffen-Verbreitung hinkt Bonn noch immer nach

Von Josef Joffe

„Westdeutschland scheint das schwächste Glied in der Kette zu sein.“ Dieser lapidare Satz steht in einem Bericht über Nuklearexporte und deren Kontrolle, den das Washingtoner *Carnegie Endowment for International Peace* gerade veröffentlicht hat. Die Stiftung, 1911 mit dem Geld des kapitalistischen Räuberbarons Andrew Carnegie gegründet, gehört zu den reputierlichsten *Think Tanks* der Hauptstadt; sie ist keinerlei Ideologie oder Partei verpflichtet. Weshalb gerade so vorsichtig formulierte Sätze das politische Establishment um so genauer hinhören lassen.

Tatsächlich enthält dieses Urteil nichts Neues. Wo wie in Indien und Pakistan, im Irak und Iran, in Argentinien und Brasilien an Atomwaffen gebastelt wird, ist nukleare Wertarbeit *Made in Germany* nicht nur heiß erwünscht, sondern auch leicht zu finden. Die Bundesrepublik ist zwar ein Lieferland unter vielen (praktisch die gesamte Industriewelt), die sich an dem profitträchtigen Spiel beteiligen. Aber westdeutsche Firmen nehmen insofern einen unrühmlichen „Ehrenplatz“ ein

als sie fast immer dabei sind – insbesondere, wenn es um das schmutzige Geschäft mit Giftgas (Samara im Irak, Rabda in Libyen) geht.

Der Carnegie-Report folgert deshalb: Bonn müsse „1989 die Vorlagen zur Verschärfung der Export-Gesetze durchs Parlament bringen“. Diese würden die Strafen erhöhen und auch den Zugriff auf solche deutschen Staatsbürger ermöglichen, die etwa in der Schweiz ihren illegalen Geschäften nachgehen. Wohlwollend vermerkt der Report: „Bonn hat die Überwachung intensiviert und mehr Personal angestellt.“ Dennoch: „Dieser Wandel muß durch Gesetze institutionalisiert werden.“

Und bei den Gesetzen hapert es. Aufgeschreckt durch die weltweite Kritik an der deutschen Rabda-Rolle, wies Kanzler Kohl das Kabinett Anfang 1989 an, besage Entwürfe für die verschärfte Export-Kontrolle auszuarbeiten. Bis spätestens Ende 1989 sollten die Gesetze stehen, nur liegen sie noch immer in den Schubladen. Die Leute in der eigenen Parlamentsfraktion, mit den geneigten Liberalen im Rücken, können sich anscheinend nicht mit dem

Gedanken anfreunden, daß manchmal zugunsten der richtigen Politik auf den falschen Profit verzichtet werden müsse.

Doch ist es noch nicht zu spät. Daß eine Mächtigen-Atommacht wie der Irak so simple Dinge wie Kleinst-Kondensatoren zum Zünderbau schmuggeln muß, zeigt (a) wie abhängig die einheimische Industrie und (b) wie weit der Weg zur Bombe noch ist. „Fünf bis zehn Jahre“ schätzt der Report und empfiehlt deshalb außer präziseren Exportkontrollen das Offenkundige. Die Lieferländer sollten sich auf eine gemeinsame Sanktionspolitik gegen die Schmuggler einigen; das US-Auslandshilfegesetz sieht etwa vor, Zahlungen an alle Illegal-Importeure von atomarem Gerät einzustellen. Überdies sollten die Erwischten etwas lautstärker verurteilt werden als in der bisherigen Praxis. Und da beginnt wieder die reale Politik: Nach Auffliegen der irakischen Zünderschmuggerei in London blieb die offizielle Reaktion merkwürdig leise. Man wolle nicht das Leben zweier britischer Häftlinge (Geiseln?) gefährden, die sich in den Händen der Hussein-Diktatur befinden. 4